

Intensive Begleitung bei der Rückkehr in den Beruf

Eine Studie untersucht, wie nach einer Krebserkrankung Betroffene mehr Unterstützung bekommen können

Von einer Krebserkrankung Betroffene könnten bei der Rückkehr in die Erwerbstätigkeit künftig von Berufslotsinnen und Berufslotsen in der ambulanten Krebsberatung begleitet werden. In den nächsten drei Jahren soll eine Studie dazu beitragen, ein entsprechendes Programm zu entwickeln und die Akzeptanz, Machbarkeit und die Implementierungsbedingungen dieses Angebots zu untersuchen. Die CARES-Studie (Cancer rehabilitation support by cancer counseling centers) ist nun gestartet. Sie wird durch die Deutsche Rentenversicherung Bund mit 1,6 Millionen Euro finanziert.

Jahr für Jahr erhalten rund 500.000 Menschen in Deutschland die Diagnose Krebs. 45 Prozent aller Krebserkrankungen bei Männern und 57 Prozent bei Frauen treten im erwerbsfähigen Alter auf. Von den Betroffenen geben über 20 Prozent nach Abschluss ihrer Rehabilitation an, dass sie weiteren Unterstützungsbedarf hinsichtlich ihrer beruflichen Wiedereingliederung benötigen. Dieser Unterstützungsbedarf bleibt bei vielen Betroffenen auch Monate nach Abschluss der Rehabilitation bestehen. „Unser Projekt soll dazu beitragen, die Rate an Krebspatientinnen und Krebspatienten zu erhöhen, die nach ihrer Krebsdiagnose ihren Wünschen entsprechend zurück in die Erwerbstätigkeit finden oder es schaffen, im Beruf zu bleiben“, erklärt Prof. Dr. Nicole Ernstmann vom Universitätsklinikum Bonn. „Tatsächlich gibt es erste Hinweise darauf, dass die Inanspruchnahme einer psychosozialen Beratung in einer Krebsberatungsstelle mit einer höheren Wahrscheinlichkeit verbunden ist, nach einer Krebserkrankung in die Erwerbstätigkeit zurückzukehren.“

Die Entwicklung des Programms mit Berufslotsinnen und Berufslotsen erfolgt in mehreren Schritten: Zunächst geht es darum, die Zielgruppe am Übergang von Klinik zur Rehabilitation frühzeitig zu identifizieren. Die zu entwickelnden Interventionsmaßnahmen sollen Angaben zur diagnostischen Einschätzung von individuellen Ressourcen und Hürden bei der Wiedereingliederung enthalten. Darüber hinaus wollen die Forschenden Maßnahmen entwickeln, die je nach individuellem Bedarf variabel eingesetzt werden können und einzelne Mitarbeitende der an der Studie teilnehmenden Krebsberatungsstellen entsprechend schulen. „Ein wichtiger Bestandteil der Studie ist die Evaluation der Interventionsprozesse. Sie wird durch die Deutsche Krebsgesellschaft durchgeführt“, erklärt Privatdozent Dr. Christoph Kowalski, Forschungs koordinator bei der Deutschen Krebsgesellschaft. „Im Falle der Machbarkeit muss die Wirksamkeit des Programms dann in einer Folgestudie getestet werden.“

Ambulante Krebsberatung in Deutschland

In ambulanten psychosozialen Krebsberatungsstellen erhalten Betroffene und ihre Angehörigen kostenlos Rat und Hilfe bei psychoonkologischen oder sozialrechtlichen Fragen. Wichtige Anlaufstellen bieten in Deutschland gemeinnützige Träger wie die freie Wohlfahrtspflege, die 16 Landeskrebsgesellschaften und die Deutsche Krebshilfe. Allein die Krebsberatungsstellen der Landeskrebsgesellschaften haben 2020 57.241 psychosoziale Beratungen durchgeführt. Die Sicherstellung der ambulanten psycho-onkologischen Versorgung und damit auch eine gesicherte Finanzierung der ambulanten Krebsberatungsstellen wurde bereits im Nationalen Krebsplan 2008 gefordert. Dank des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes erstatten Kassen rückwirkend zum Januar 2021 80 Prozent der Kosten für psychosoziale Beratungen, sofern

bestimmte Qualitätskriterien erfüllt sind.

Beteiligte Institutionen

Federführend ist die Forschungsstelle für Gesundheitskommunikation und Versorgungsforschung (CHSR) der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie des Universitätsklinikums Bonn in Zusammenarbeit mit der Deutschen Krebsgesellschaft. Am Projekt sind außerdem Expertinnen und Experten der Bundesarbeitsgemeinschaft für ambulante psychosoziale Krebsberatung e.V. (BAK), der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen (DVSG), der Arbeitsgemeinschaft für Soziale Arbeit in der Onkologie der Deutschen Krebsgesellschaft (ASO) sowie Patientenvertreterinnen und -vertreter beteiligt.